

## Stellungnahme der Fraktion B90/ GRÜNE zum Haushaltsplan der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock im Jahr 2021

Lieber Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Menschen, die diese Stellungnahme lesen,

im vergangenen Jahr war Alles irgendwie anders und in diesem Neuen ist es wohl genauso. Dabei ist die Tatsache, dass diese Stellungnahme nur von den Buchstaben leben muss und keine Stimme erhält nur das bei weitem kleinste Problem, mit dem wir uns beschäftigen, trotzdem ein bisschen typisch für diese Zeit, aber dazu später mehr.

Andererseits hat so ein Schriftstück auch den Vorteil, dass niemand der es nicht will, seine Zeit verschwendend, sich elendig lange, langweilige Reden bis zum Ende anhören muss.

Und so sei denen die Last genommen, die nur wissen wollen wie wir uns verhalten und gleich am Anfang geschrieben, dass wir diesem nun vorliegenden Haushaltsplan nicht zustimmen werden.

Wer wissen will warum, ist eingeladen weiter zu lesen.

Nun mag uns nachgesagt werden, dass wir immer auf den gleichen Themen beharren, aber auch in den derzeitigen Realitäten ist das Thema Umwelt und Klimaschutz der wichtigste Punkt in einem Haushaltsplan im Jahr 2021.

Wir haben mit unseren Anträgen in der Zielfestsetzung zu den jeweiligen Produkten einiges erreicht und die anderen Fraktionen sind uns auch in vielem gefolgt. Dabei kommt aber immer wieder der Verdacht auf, dass die Ziele die sich die Politik stecken muss, und die letztendlich das Handeln der Stadt bestimmen, oftmals nur als leere Worthülsen bedacht werden. Wird es konkret, herrscht dann eher Ablehnung und nicht zuletzt auch der immer wiederkehrende Vorwurf wir seien eine ideologisch geprägte Verbotspartei.

Als Beispiel sei unser Wunsch genannt klimaschonende und lebenswerte Mobilität in der Kommune wirklich voranzubringen. Dort berufen wir uns auf das schon vorhandene Mobilitätskonzept, auf das Ziel in die Gemeinschaft der fahrradfreundlichen Städte aufgenommen zu werden, da stellt die CDU einen Antrag zur Überprüfung des ÖPNV in der Stadt und es werden Schilder aufgestellt, dass auf der Straße gefahren werden darf, und so weiter. Unserer Überzeugung, dass es dafür eine Person in der Verwaltung geben muss, die die Fragen der Mobilität für alle koordiniert, wird nicht gefolgt und unser Antrag auf Einrichtung einer Stelle abgelehnt.

Zudem sind durch die besondere Situation derzeit, die Auseinandersetzung und der Diskurs in den politischen Gremien massiv eingeschränkt.

Vorhaben, wie energetische Maßnahmen an bestehenden Gebäuden oder die Unterstützung bei der Begrünung in neuen Baugebieten, konnten nicht diskutiert werden und wurden nur mit einer Geldsumme im Haushalt hinterlegt. Wenn wir dann auf die Gestaltung der neuen Baugebiete schauen und es zum kurzen Diskurs kommt, müssen wir wieder feststellen, dass es in der Mehrheit des Rates einzig und allein darum geht, möglichst den Baudamen der sogenannten Stadtvillen keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Die Einfamilienhäuser sollen an den besten Stellen des Baugebietes stehen, da darf auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau direkt an der viel befahrenen Straße sein, und sie dürfen nicht einmal von einem Mehrfamilienhaus „beeinträchtigt“ werden.

Zu einer wirklichen Gestaltung der neuen Baugebiete, die Umweltbelange, soziales Miteinander und konsequenten Klimaschutz in der Bauleitplanung festlegt, fehlt der Mut, oder aber ist geprägt von der ideologischen Politik, dass nur ein von individuellen Bedürfnissen geprägtes Bauen zu einem lebenswerten Wohnen führt.

Wir haben in diesem Jahr auf einen Antrag zur Erhöhung der Gewerbesteuer verzichtet. Weil auch wir nicht wirklich einzuschätzen vermögen, wie sich die derzeitige schwierige Lage am Ende des Tages auf die Ausgewogenheit von kommunaler Finanzkraft und wirtschaftlicher Situation der Unternehmen auswirkt. Uns war es aber wichtig, als Ziel in den Haushalt aufzunehmen, dass sich die Höhe der Steuern und Abgaben an den politisch formulierten Zielen bemisst und den Finanzbedarf der Stadt bei den zukünftigen Aufgaben und Ausgaben abbildet.

Dass wir dafür keine Zustimmung bekommen haben, wundert uns schon sehr und es erweckt den Eindruck, dass insbesondere die CDU die hiesigen niedrigen Steuerhebesätze wie einen goldenen Zylinder vor sich herträgt, in der Hoffnung es springt ein Dankeschönhäschen heraus.

Steuern und Abgaben sind keine Strafzölle, sie tragen zum Erhalt und Weiterentwicklung der öffentlichen Infrastruktur, als Unterbau einer funktionierenden Wirtschaft bei. Diesbezüglich ist nicht nur das Funktionieren von Wirtschaft als störungsfreies individuelles Handeln der Unternehmen gemeint, sondern auch die Pflicht ebendieser sich an dem Erhalt und der Weiterentwicklung der sozialen Gesellschaft und des ökologischen Wandels zu beteiligen. Wirtschaft, Ökologie und soziales Miteinander sind keine Gegensätze und auch nicht die Ecken eines Dreiecks, sondern aufeinander angewiesen.

Vor ungefähr einem Jahr, so erinnere ich mich, wurde zu Beginn der Pandemie aller Orten auch die Hoffnung kolportiert, es würde zu einer Veränderung der Sicht auf die wirklich wichtigen Dinge kommen. Da wurden plötzlich Menschen, die sonst nicht beachtet werden, als systemrelevant geadelt, Regenbögen in die Fenster gemalt und von den Balkonen geklatscht. Nach einem Jahr habe ich das Gefühl, davon ist nicht viel geblieben.

Auch der Skandal um einen regionalen Fleischverarbeiter, von dessen Geschäftsgebaren auch die Stadt auf Umwegen profitiert, hat trotz großer Ankündigungen nicht zu einer Verbesserung in der Tierhaltung oder des menschenverachtenden Umgangs mit Arbeiterinnen und Arbeitern geführt.

Vielmehr bemisst sich die Würde des Menschen für manchen CSU Politiker am Zustand seines Haupthaars.

Dazu ist die Angewohnheit, uns in der modernen Welt im Falsch und Richtig zu bewegen, noch ein bisschen ausgeprägter geworden. Wir kommen nicht mehr in den Diskurs in dem wir die Meinungen und Haltungen miteinander abwägen, sondern verurteilen uns am liebsten schon nach einem digitalen Satz.

Da ist es nahezu beruhigend, dass sich in Schloß Holte-Stukenbrock fast nichts verändert. Mehrheitsverhältnisse bleiben zwar nur durch die herausgehobene Stimme gleich. Aber es geht weiter - wie eh und je. Es bleibt alles beim Alten.

„Krisenjahre stehen uns bevor“ erschreckte uns der Bürgermeister in seiner kurzen Haushaltsrede. Schloß Holte-Stukenbrock sei aber für die kommenden Jahre gut gerüstet. Die Krise scheint woanders, hier nicht. Hier, bleibt alles beim Alten.

Klimaschutz ist eine Herausforderung, die uns dauerhaft erhalten bleibt. Das ist absolut richtig. Die Erderhitzung ist eine Krise die eine Pandemie in die Bedeutungslosigkeit verdrängt. Aber wie stellen wir uns dieser Herausforderung, wenn nur das Nötigste angedacht wird? Ab und zu ein grünes Mäntelchen überstreifen reicht nicht. Impfen geht auch nicht. Visionär, innovativ und vorbildhaft voranschreiten und dem Bürger und den Unternehmen auch die entsprechenden Veränderungen beibringen – ist unbequem und kostet Geld und vermeintlich Wählerstimmen. Deswegen lassen wir das besser. Wir sind ein Steuerparadies um mehr Wohlstuierte anzulocken. Es bleibt halt alles beim Alten.

Es macht weiterhin den Eindruck, als ginge uns Vieles gar nicht an. Und wenn Entwicklung zwingend erforderlich ist und zugelassen wird, dann ist es ein innovativer Verdienst. Investitionen in den Schulbereich, Kosten für die Jugendamtsumlage zum Kinder und Jugendschutz, Investitionen in die Infrastruktur, Investitionen in Abwasserbeseitigung, Investitionen zur Erschließung beschlossener Gewerbegebiete, etc. sind allesamt notwendige Aufgabe. Und auch die Berücksichtigung etwaiger Folgekosten ist obligatorisch. Wie immer Weitermachen ist in schlechter Zeit plötzlich antizyklisches Verhalten. Investitionen und Ausweitung von Budgets ist normale Entwicklung und damit die Aufgabe der Stadt. Es bleibt dann eine Frage des Selbstverständnisses. Und wenn einen keiner lobt, dann macht man es halt selbst. Seien wir ehrlich: Es bleibt alles beim Alten.

Unsere Beratungen zum Haushalt sind jedes Jahr kontrovers und geprägt von unterschiedlichen Charakteren. Den „Grünen“ als ideologischen Verbotsöko wie die politischen Gegenseite ihn sich immer noch vorstellt, gibt es nicht. Hat es noch nie gegeben. Das wissen die Bürger unserer Stadt.

Wir können immer mehr von ihnen von unserer Arbeit überzeugen. Wir entwickeln uns und wir gehen mit dem Fortschritt. Was gut ist für den Bürger der Stadt kann nur in ethischen Grundsätzen zu finden sein, die wir achten und selbst leben. Entscheidungen werten immer. Wenn wir etwas tun, tun wir das Gegenteil nicht. Dennoch müssen wir uns entscheiden. Das bestimmt unsere Zukunft. Wir dürfen nicht verharren, denn Stillstand ist Tod. Auch wenn der Wunsch manchmal ja verständlich ist, es wird nicht alles bei Alten bleiben. Die Zeit schreitet voran.

Es muss mehr sein als das zu erwartende Notwendigste. Wir müssen unsere Zukunft aktiv gestalten, wir dürfen auch nicht auf andere Hoffen.

Es braucht mehr.

Einen konsequenten Klimaschutz, der alle Belange kommunalen Handelns einschließt.

Eine gleichberechtigte Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer aber auch Quartiere, die nicht zum Wegfahren, sondern zum Bleiben einladen.

Eine Schule, die für alle die digitale Teilnahme sichert aber auch Raum für Begegnung und Gemeinschaft bereithält.

Eine Regionalplanung, die Leben und Arbeiten ermöglicht aber Flächenfraß und Zerstörung verhindert.

Lebensraum für Familien, aber auch Teilhabe für die, die wir gerne vergessen.

Und eine nahe Zukunft, die wieder Begegnung, Diskurs, Auseinandersetzung, gemeinsames Erleben und das Ringen um Kompromisse von Angesicht zu Angesicht möglich macht, damit Wörter nicht nur ein paar Buchstaben in der Cloud sind.

Bernd Eickelmann

Reinhard Tölke

Februar 2021